

FDP in Bremen¹

von Dr. Magnus Buhlert

Zu einer alten Stadtrepublik - wie es die Freie Hansestadt Bremen ist - gehören Liberale. Wenn Liberale fehlen, fehlt dem Land und der Stadt etwas.

Horst Adamietz berichtet in seinem Buch ‚Das erste Kapitel‘: „Wie die bremische Arbeiterschaft strebte auch das politische Bürgertum der Hansestadt aufgrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik 1945 nach einer großen Sammlung.“² Schon während des zweiten Weltkrieges hatte es Treffen und Überlegungen zur Partei-gründung gegeben, insbesondere getarnt als Sonntagskaffee. Von Treffen bei Dr. Wilhelm Böhmert in der Feldstraße, Dr. Emil Lueken in der Schwachhauser Heerstraße und Dr. Bernhard Noltenius (Doktor Nolte) in der Wachmannstraße hat Walter Ostendorff berichtet. Am 17. Oktober 1945 wurde die Gründung der Bremer Demokratische Volkspartei (BDV) im Haus von Dr. Wilhelm Böhmert vorbereitet. Sie war der Versuch eine einheitliche bürgerliche Einheitspartei zu gründen. Am 28. Oktober 1945 um 11 Uhr fand die Gründung im Schütting statt³. Die erste Satzung der BDV (übrigens als B.D.V. geschrieben), die noch heute beim Registergericht liegt, datiert von diesem Treffen⁴. An dem Treffen nahmen unter anderem Hermann Wenhold, Fritz Entholt, der Verle-

¹ **Dr. Magnus Buhlert**

unter Zuhilfenahme von Texten aus dem Buch:

Liberale in der Bremischen Bürgerschaft

Copyright: © 2013 Dr. Magnus Buhlert

Druck und Verlag: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de

ISBN 978-3-8442-5269-9

² Adamietz, Das erste Kapitel, S. 76.

³ Adamietz, Das erste Kapitel, S. 76.

⁴ Eintragungen der FDP Landesverband Bremen e.V. beim Registergericht Bremen.

ger Walter Schünemann, Dr. Elisabeth Lürßen, Dr. Bernhard Noltenius, Carsten Karkmeyer, Dr. Wilhelm Böhmert und Dr. Rudolf Rübberdt teil⁵. Die BDV wurde am 7. Dezember 1945 zugelassen⁶.

Am 31. Januar 1946 hatte die Partei 350 Mitglieder. Sie besaß zugleich aufgrund der in ihr vertretenen Persönlichkeiten wie Apelt, Spitta und Wenhold und des ehemaligen Vorsitzenden der Bremer DDP und Senators während der Weimarer Zeit Wilhelm Böhmert erhebliches Gewicht.⁷

Einige ehemalige Zentrumsmitglieder in der BDV nahmen Kontakt zur CDU in der britischen Zone auf und strebten den Anschluss der BDV an die Union an. Dies misslang und dieser Flügel schied wieder aus der BDV aus und gründete mit anderen 1946 die CDU. Eine dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit war nicht zustande gekommen. Die BDV hingegen begriff sich spätestens ab diesem Zeitpunkt als Teil der Liberalen der amerikanischen Zone. Sie schloss sich im März 1947 der DVP als Dachorganisation der Liberalen in der amerikanischen Zone an.

Am 10. Juli 1946 wurde eine betont linksliberale FDP zugelassen, die den Kontakt zu den Liberalen in der britischen Zone hielt⁸. Diese Gruppe nahm allerdings bei der Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946, die nur in der Stadt Bremen stattfand, nicht eigenständig teil. Sie hatte zunächst zwei Mandatsträger. Zeitweilig bildete die FDP eine eigene Fraktion mit drei⁹ beziehungsweise vier¹⁰ Mitgliedern. Im Herbst 1947 erhielt sie 6,5 Prozent der Stimmen. Die Partei, die nicht Landesverband der Bundespartei war, lehnte am 20. Juli 1948 und 12. März

5 Adamietz, Das erste Kapitel, S. 76.

6 Dittberner: Parteien Handbuch. S. 1314.

7 Bremen-Lexikon, S. 66 und S. 87.

8 Politische Institutionen, S. 60.

9 Bremen-Lexikon, S. 249.

10 Erstes Handbuch der Bürgerschaft, S. 10.

1949 die Vereinigung mit der BDV ab. Sie wandte sich gegen die „Pfeffersäcke“ in dieser bürgerlichen Partei. 1949 empfahl sie gar die Wahl der CDU bei der Bundestagswahl. Bei diesem Urnengang trat sie selbst nicht an¹¹; die BDV hingegen schon. Erst 1951 sollte es zum Zusammenschluss von BDV und FDP kommen.

1946 gehörte Wesermünde, das später Teil Bremerhavens wurde, noch nicht zu Bremen, dem späteren Bundesland. Es war noch unklar, wie der Zuschnitt des Bundeslandes werden würde. Liberale und CDU traten bei der Wahl 1946 mit einem damals zulässigem Wahlbündnis an, dass der Union 18,9 Prozent und der BDV 18,3 Prozent einbrachten.

Der Stadtkreis Wesermünde wurde erst zum 1. Januar 1947 in die Freie Hansestadt Bremen eingegliedert. Anfang Februar 1947 schieden vier Abgeordnete aus der BDV-Fraktion aus und bildeten eine eigene Fraktion der FDP¹². Am 10. März 1947 folgte dann die Umbenennung von Wesermünde und Geestemünde in Bremerhaven. Damit wurden aus Liberalen der britischen Zone mit guten Kontakten zur dortigen FDP, die auch nach der Eingliederung Bestand hatten, die Gruppe der FDP Wesermünde/Bremerhaven. Die Zulassung der BDV in Bremerhaven wurde zwar nach dem zweiten Weltkrieg beantragt, erreichte aber keine Relevanz in der Seestadt.

Bei der zweiten Bürgerschaftswahl (1947) in der Nachkriegszeit erhielt die BDV 15 Mandate und die FDP im Wahlbereich Bremerhaven 2 Mandate. Beide bildeten eine gemeinsame Fraktion in der Bürgerschaft. Es folgte die Fusion der Organisationen und schließlich Anfang der 1950iger Jahre die Umbenennung in FDP, um den Namen an den der Bundespartei anzugleichen¹³. Zuvor schon wurde die BDV in den Satzungen als Bremer De-

11 Bremen-Lexikon, S. 249.

12 Erstes Handbuch der Bürgerschaft, S. 10.

13 Dittberner: Parteien Handbuch. S. 1314.

mokratische Volkspartei – Landesverband Bremen der Freien Demokratischen Partei bezeichnet.¹⁴

Eine Beruhigung der Situation in der FDP sollte erst eintreten, nachdem 1954 Georg Borttscheller neben dem Landes- auch den Fraktionsvorsitz übernahm. Zuvor scherten immer wieder Parteimitglieder aus oder mussten, wie es Borttscheller sagte, ‚ausgeschoren werden‘¹⁵. Einer der ausgeschlossenen, auch wenn sich hier nicht sagen lässt ob er von Borttscheller gemeint war, war der langjährige BDV Fraktionsvorsitzende Albert Bote. Dieser hatte Anfang 1952 mit rund 30 Gleichgesinnten einen Liberalen Kreis mit dem Ziel gegründet, die ehemals in der BDV vertretenen Positionen in der FDP zur Geltung zu bringen. Die Kritik bestand darin, dass sich die Partei stärker den rechten Positionen von Bundespartei und Bundestagsfraktion angenähert habe. Als 1953 Bote und weitere Mitglieder der Gruppe ausgeschlossen wurden, kam es zu Protesten der Mitglieder. Es wurde die „Bremer Liberale Vereinigung“ gegründet. Zur Glättung der Wogen trug die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen im Januar 1955 rechtzeitig vor der Bürgerschaftswahl bei.¹⁶ Bote wurde kurzzeitig stellvertretender Landesvorsitzender.

Am 23. Juli 1951 warb Dr. Borttscheller für die Aufnahme und Integration der Mitglieder des nicht eingetragenen Vereins der FDP im Lande Bremen mit dem Vorsitzenden Dr. Schunk in die BDV. Dabei wurde er vom BDV Vorsitzenden Dr. Wenhold tatkräftig unterstützt. Zwar war im Frühjahr 1951 Senator Hans Meineke in einer Kampfabstimmung gegen Senator a.D. Hermann Wenhold zum BDV-Vorsitzenden gewählt worden, doch blieb er nur kurz im Amt. Gegen den Vertreter des linken Se-

14 Auszug aus der Akte des FDP Landesverbandes Bremen e.V. beim Registergericht Bremen., Blatt 5, Satzung vom 25.02.1950.

15 Borttscheller, Bremen mein Kompaß.

16 Geschichte, Band 1, S. 313f.

natsflügels der Liberalen folgte bereits eine Woche nach der Wahl ein Misstrauensantrag, worauf dieser zugunsten von Wenhold zurücktrat, der dann Anfang April mit großer Mehrheit gewählt wurde. Doch auch dieser vermochte es nicht die Partei zu befrieden.¹⁷ Dem Ansinnen der Fusion der FDP mit der BDV, das ausgiebig vorbereitet war, folgte die Mitgliederversammlung der BDV, die zu diesem Zwecke im Kaminsaal des Rathauses mit rund 150 Mitgliedern tagte. Nach der Aufnahme der Mitglieder des nicht eingetragenen Vereins FDP in die BDV beschloss die Partei ihre Umbenennung in FDP (BDV)¹⁸. Damit konnte der Namensstreit mit der Gruppe um die Abgeordneten Hollmann und Grabau beseitigt werden. Formal wurde so die Zersplitterung der liberalen Kräfte überwunden, wie es Ziel der in der BDV versammelten Liberalen der verschiedenen Strömungen der Weimarer Zeit in der BDV war. Allerdings sollte es noch dauern bis sich die Liberalen in der FDP/BDV zusammenraufen.

Seit 1946 sind die Liberalen kontinuierlich bei den Wahlen in Bremen angetreten. Dabei haben Sie Hochs und Tiefs erlebt. Nicht immer haben Sie den Sprung in die Bürgerschaft geschafft. Auch im Bundestag waren sie nur zeitweilig mit einem Bremer Abgeordneten vertreten; derzeit sind sie es mit Torsten Staffeldt. Zuvor waren sie es mit Dr. Karl Löbe (1961-1965)¹⁹ und Manfred Richter²⁰ (1987-1994). Der Einzug ins Europaparlament war einem Bremer Liberalen bisher noch nicht vergönnt. Nach dem zweiten Weltkrieg waren die Liberalen bis 1971 in der Landesregierung vertreten. Dabei nahmen

17 Geschichte, Band 1, S. 61f.

18 Parteitagsprotokoll vom 23. Juli 1951, nachzulesen in den Eintragungen der FDP beim Registergericht Bremen.

19 Nachruf in Bremer Nachrichten und Weser Kurier vom 2.3.1993 anlässlich des Todes des am 4.6.1911 geboren und am 24.2.1993 verstorbenen Verkehrswirtschaftler und Hafenfachmanns Dr. jur. Karl Löbe.

20 Mehr zu **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** bei den Kurzbiografien im Buch.

die Wahlergebnisse tendenziell ab. Teilweise waren Sie wie 1955 mit an der Regierung, auch wenn die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit errangen. Dies verwundert aus heutiger Sicht umso mehr als die FDP gemeinsam mit CDU und DP einen Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten führte, der bis zu einem gemeinsamen Programm einer bürgerlichen Regierung nach einem Wahlsieg ging²¹. Grund für die Regierungsbeteiligung war sicher das gute Verhältnis zwischen den Senatoren, jenseits aller Parteigrenzen, und das Können der liberalen Senatoren.

Auch wirbelten die Entwicklungen am rechten Rand des Parteien-Spektrums die Zusammensetzung der Bürgerschaft in den 1960iger Jahren durcheinander und führten zu einer Vergrößerung der FDP-Fraktion. 1961 trennten sich zwei DP-Abgeordnete von ihrer Fraktion nachdem diese sich auf Bundesebene zur Gesamtdeutschen Partei (GDP) mit der Splittergruppe der BHE zusammengesetzt hatte.²² 1962 implodierte die GDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Dies führte nicht nur dazu, dass die CDU-Fraktion fünf neue Mitglieder bekam, sondern auch die Fraktionen der SPD und FDP je ein Mitglied aufnahmen.²³

1967 verlor die SPD die absolute Mehrheit. Einerseits änderten sich die Zeiten, andererseits trat sie erstmals seit dem 2. Weltkrieg ohne Wilhelm Kaisen als Spitzenkandidaten an. Die Sozialdemokraten errangen 50 von 100 Sitzen in der Bürgerschaft.²⁴ Sie setzten die Koalition mit der FDP fort, die in dieser Wahl zehn Mandate erlangte. Dies machte die Niederlage der Sozialdemokraten weniger offensichtlich.

21 Geschichte, Band 1, S. 318.

22 Geschichte, Band 1, S. 327.

23 Geschichte, Band 1, S. 327.

24 Geschichte, Band 1, S. 326.

Nach dem Ausscheiden aus dem Senat 1971 konnte die FDP mit 7,1 Prozent noch ein achtbares Ergebnis erzielen. Zuvor hatten die Konflikte innerhalb der Koalition aus FDP und SPD zugenommen, auch weil innerhalb der SPD Spannungen zwischen traditionsbewussten Sozialdemokraten und linken reformierten Kräften auftraten.²⁵ Anlass für das Ende der Koalition bot den Liberalen die Berufungspraxis an der neu gegründeten Universität.

Nach programmatischer Neuausrichtung in der durch Diskussion um Ostpolitik und die sozial-liberale Koalition auf Bundesebene beflügelte Stimmung, gewann die FDP 1975 mit Horst-Jürgen Lahmann 13 Prozent. An das Ergebnis konnte sie 1979 mit 10,8 Prozent anknüpfen. 1983 scheiterten die Liberalen an der 5-Prozent-Hürde.

Bei der Bundestagswahl 1983 spielten der „Koalitionsbruch“ der FDP und die Themen, die dazu geführt hatten, eine entscheidende Rolle. In Bremen führte dies dazu, dass die Liberalen nur noch 6,5 Prozent der Zweitstimmen erhielten.²⁶ Bei der folgenden Bürgerschaftswahl im September 1983 warben die Liberalen - im Gegensatz zu ihrer Position bei der vorausgegangenen Bundestagswahl - für eine sozial-liberale Koalition. Auch in der Bremer Partei führte die Bonner Wende im Jahre 1982 zu so mancher Verwerfung. Mitglieder traten aus, der Bürgerschaftsabgeordnete Prof. Dr. Karl Holl gab sein Mandat zurück. Die Jungdemokraten sagten sich von der Partei los²⁷, was die Etablierung der 1981 gegründeten Jungen Liberalen weiter beförderte. Ende 1982 gründeten ehemalige FDP-Mitglieder einen Bremer Landesverband der Liberalen Demokraten²⁸, einer Bewegung, die sich nicht durchsetzen konnte.

25 Politische Institutionen, S. 93.

26 Geschichte, Band 2, S. 81.

27 Geschichte, Band 2, S. 80.

28 Geschichte, Band 2, S. 80.

1987 schaffte die FDP mit Claus Jäger an der Spitze den direkten Wiedereinzug ins Parlament. Er hatte, gemeinsam mit anderen Liberalen, in den Jahren davor zunächst in der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft und ab 1986 als Landesvorsitzender systematisch auf dieses Ziel hingearbeitet. Die Liberalen in Bremen und Bremerhaven konnten bei der Wahl 1987 ihre Verluste von 1983 annähernd wettmachen.²⁹ Die FDP stellte mit 10 von 100 Abgeordneten eine konstruktive Opposition, deren solide Arbeit 1991 mit der Wiederwahl auf gleichem Niveau und der Chance zur Regierungsbeteiligung genutzt wurde. Ohne FDP gab es 1991 keine Mehrheit von SPD und Grünen in Landtag und Stadtbürgerschaft, die aber nötig ist, um das Land Bremen zu regieren, da in Bremen Senatoren in Personalunion auch die Stadt Bremen verwalten. Bevor die Ampel-Koalition gebildet wurde, nutzten CDU, FDP und Grüne die Chance die Minderheitenrechte in der Bürgerschaft zu stärken. Erst danach wurden Ende 1991 die Senatoren der Ampelkoalition gebildet. Diese legte den Grundstein für Bremens Sanierung, indem sie erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht für Sanierungshilfen stritt und erste Projekte anschoß, von denen mangels kritischer Prüfung in der nachfolgenden Phase der so genannten Großen Koalition aus SPD und CDU auch manche flopten. Andere Projekte, wie die Schließung des Autobahnringes wurden hingegen trotz Sanierungsmilliarden von der Großen Koalition nicht umgesetzt, so dass sie mit entsprechenden Schwierigkeiten immer noch einer Lösung harren. Auch gelang es der Ampel 1994 Schulden Bremens zurückzuzahlen.

Spitzenkandidat der Bremer FDP war 1991 wie auch schon 1987 und nachfolgend 1995 sowie 2003 Claus Jäger. Bei den vorgezogenen Wahlen 1995 konnten die Liberalen nicht in die Bürgerschaft einziehen. Sie schei-

29 Geschichte, Band 2, S. 86.

terten an der 5-Prozent-Hürde. Einerseits band die Wählervereinigung Arbeit für Bremen Stimmen an sich, andererseits wirkte die Auflösung der Ampelkoalition bei den Bürgern nach. Diese war - nach einer in Bremen weit verbreiteten Ansicht - aufgrund unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten zwischen dem liberalen Wirtschaftssenator Jäger und dem grünen Umweltsenator Fücks^{30, 31} gescheitert. Am 7. Februar 1995 erklärten Bürgermeister Klaus Wedemeyer und Senator Claus Jäger die Ampelregierung für nicht mehr reparabel³². Die Liberalen hatten wie schon 1971 die Koalition aufgekündigt. Sie unterstützten ein Misstrauensvotum gegen Umweltsenator Fücks. Dieser hatte an Senat und Bürgerschaft vorbei Vogelschutzgebiete an die Europäische Union gemeldet; weswegen die Affäre in Bremen den verniedlichenden Namen „Piepmatz-Affäre“ erhielt und es der FDP nicht gelang, ihre Gründe für ihr Ausscheiden aus der Ampel der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.

1999 scheiterten die Liberalen mit Peter Braun als Spitzenkandidaten bei der Bürgerschaftswahl. Das Ende der Ampel und der Bundestrend belasteten den Wahlkampf der FDP. Auf Bundesebene hatten CDU und FDP im Jahr zuvor ihre Regierungsmehrheit verloren. Auf Helmut Kohl folgte Gerhard Schröder als Kanzler einer rot-grünen Regierung. Die Bremer setzten wie auch 1995 auf eine so genannte große Koalition mit ihrer vermeintlichen Fähigkeit große Probleme zu lösen.

Mit Beginn des Jahrtausends differenzierte sich das Wahlverhalten zwischen Bremen und Bremerhaven immer mehr aus.³³ Das Wahlverhalten in den Schwesterstädten wich erheblich voneinander ab. 2003 übersprang

30 Politische Institutionen, S. 60.

31 Politische Institutionen, S. 100.

32 Weser Kurier, 8.2.1995, S. 1.

33 Politische Institutionen, S. 103.

die FDP die Hürde lediglich im Wahlbereich Bremerhaven und zog mit einem Einzelabgeordneten, Willy Wedler, in den Landtag ein.

Erst 2007, sechzehn Jahre nach dem Wahlerfolg von 1991 übersprang die FDP wieder die 5-Prozent-Hürde im gesamten Bundesland und zog mit 5 Abgeordneten, das heißt in Fraktionsstärke, in den Landtag ein. Sie konnte sich bei dieser Wahl zu den Wahlsiegern zählen³⁴. Am 9. Dezember 2010 schied der vormalige Landes- und Fraktionsvorsitzende Uwe Woltemath aus der Fraktion aus. Er begründete dies damit, dass die FDP sich seines Erachtens falsch entwickelt habe. „Einer der vier verbliebenen FDP-Landtagsabgeordneten, Magnus Buhlert, sagte, er könne diese Begründung nicht nachvollziehen. Niemand habe größere Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen als jemand, der bis vor drei Monaten Fraktionsvorsitzender war und davor über drei Jahre lang Landesvorsitzender der Partei.“³⁵ Die verbliebenen vier Abgeordneten bildeten eine Gruppe unter Vorsitz von Dr. Oliver Möllenstädt. Schon vor seinem Ausscheiden aus der Fraktion im Dezember 2010 war Woltemath bereits aufmerksamkeiterregend im Frühjahr 2009 vom Landesvorsitz und im August 2010 vom Fraktionsvorsitz zurückgetreten. Bei letzterem Rücktritt hatte er noch zugesagt beziehungsweise versprochen, bis zum Ende der Legislaturperiode Mitglied der FDP-Bürgerschaftsfraktion zu bleiben.³⁶

Bei der folgenden Wahl am 22. Mai 2011 verpassten die Liberalen den Einzug in die Bürgerschaft deutlich, so dass sie derzeit nicht mehr in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sind. Sie erhielten lediglich 2,4 Prozent der Stimmen³⁷, so wenig wie noch nie zuvor seit 1946.

34 Politische Institutionen, S. 104.

35 Robert von Lucius in der FAZ, 13.12.2010.

36 Presseerklärung der FDP-Bürgerschaftsfraktion vom 23.8.2010.

37 Statistische Mitteilungen 113, Amtliches Wahlergebnis, Bremen 2011.

Eine Ursache war die überdeutliche Überlagerung der Bürgerschaftswahl von Themen der Bundespolitik. Die Bremer und Bremerhavener Liberalen vermochten diesem Trend nichts entgegen zu setzen, insbesondere weil sie in der Öffentlichkeit als zerstritten galten, obwohl sie es nach dem Rück- und Austritt von Woltemath nicht mehr waren. Dies vermochten sie nach den eigenmächtigen Rücktritten Woltemaths von Spitzenämtern nicht nachhaltig zu vermitteln. Auch gab es - wie schon in der Vergangenheit - verschiedene bürgerliche Wählervereinigungen, die Stimmen auf sich ziehen konnten, während vormalige FDP-Wähler vielfach der Urne fern blieben.

Die untenstehende Grafik und die nachfolgende Tabelle zeigen die Wahlergebnisse der Bremer FDP seit 1946. Für 1946 sind es die der BDV (ohne Bremerhaven, das damals noch nicht in der Form bestand und nicht zu Bremen gehörte). Bei dieser Wahl gab es eine Personenwahl und Listen kandidierten nicht. Für 1947 ist es wiederum das BDV-Wahlergebnis. Fortan gab es in Bremen ein Einstimmenwahlrecht mit reiner Listenwahl in den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven, mit jeweils getrennten 5-Prozent-Hürden. 2011 wurde erstmals nach einem neuen Fünf-Stimmen-Wahlrecht gewählt. Dies wurde infolge eines Volksbegehrens in 2006 und 2007, das auch von der FDP unterstützt wurde, von der Bürgerschaft eingeführt und erlaubt es den Wählerinnen und Wähler ihre nunmehr fünf Stimmen frei auf Listen und/oder einzelne Bewerberinnen beziehungsweise Bewerber zu verteilen.

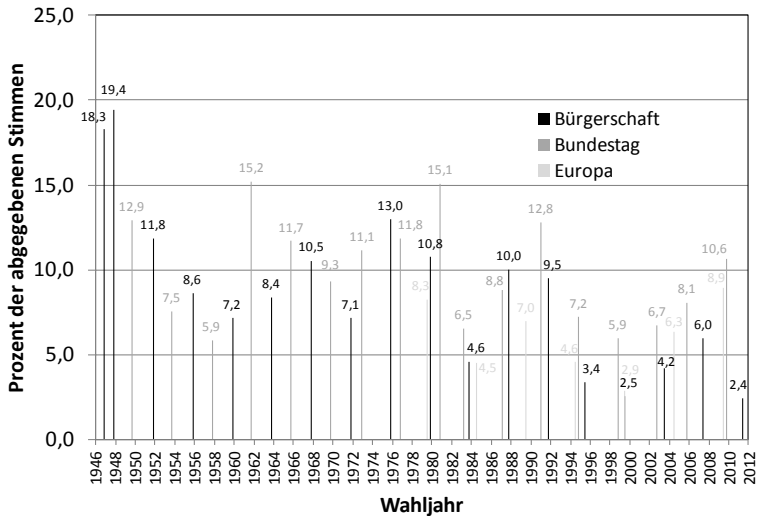


Abbildung 1: Wahlergebnisse in Bremen (in von Hundert) seit 1946^{38, 39}

Die Bundestagswahlen sind mit dem Zweitstimmenergebnis im Land Bremen wiedergegeben; lediglich 1949 ist das Ergebnis der Erststimmen notiert, damals gab es noch keine Zweitstimme. Die Europawahl ist seit ihrer Einführung 1979 eine Einstimmenwahl.

38 Statistisches Jahrbuch 2009, Statistisches Landesamt Bremen.

39 Statistische Mitteilungen 113, Amtliches Wahlergebnis, Bremen 2011.

Wahlergebnisse in Bremen in Prozent seit 1946

Wahltag	Bürgerschaft	Bundestag ^d	Europa
13.10.1946 ^a	18,3 ^b		
12.10.1947	19,4 ^b		
14.08.1949 ^c		12,9	
07.10.1951	11,8		
06.09.1953		7,5	
09.10.1955	8,6		
15.09.1957		5,9	
11.10.1959	7,2		
17.09.1961		15,2	
29.09.1963	8,4		
19.09.1965		11,7	
01.10.1967	10,5		
29.09.1969		9,3	
10.10.1971	7,1		
19.11.1972		11,1	
29.09.1975	13,0		
03.10.1976		11,8	
10.06.1979			8,3
07.10.1979	10,8		
05.10.1980		15,1	
06.03.1983		6,5	
25.09.1983	4,6		
17.06.1984			4,5
25.01.1987		8,8	
13.09.1987	10,0		
18.06.1989			7,0
02.12.1990		12,8	
29.09.1991	9,5		
12.06.1994			4,6
16.10.1994		7,2	
14.05.1995	3,4		
27.09.1998		5,9	
06.06.1999	2,5		
13.06.1999			2,9
22.09.2002		6,7	
25.05.2003	4,2		
13.06.2004			6,3
18.09.2005		8,1	
13.05.2007	6,0		
07.06.2009			8,9
27.09.2009		10,6	
22.05.2011 ^e	2,4		

a) Wahl nur in der Stadtgemeinde Bremen, Personenwahl

b) BDV

c) Einstimmenwahl

d) Zweitstimmenanteil im Lande Bremen, außer 1949, siehe c)

e) Fünf-Stimmen-Wahlrecht mit Wahlmöglichkeit für Listen und Personen

Anzahl der FDP-Abgeordneten in der Bürgerschaft

Die Zahl der FDP-Abgeordneten hat in der Zeit seit dem zweiten Weltkrieg stark geschwankt, siehe *Abbildung 2*. Für die BDV wurden 1946 von der Militärregierung 21 Volksvertreter ernannt⁴⁰. Gewählt wurden anschließend 1946 in Bremen 12; nachträglich wurde ein Vertreter von der Stadtverordnetenversammlung benannt. So waren 13 Personen in der ersten gewählten Nachkriegsbürgerschaft. Mit 17 und 13 Abgeordneten erzielten die Liberalen 1947 und 1975 die größte Fraktionsstärke. In der 11., 14. sowie 15. gab es und in der derzeitigen 18. Wahlperiode gibt es keine parlamentarische Vertretung der FDP im Landtag, zudem waren in der 16. Legislaturperiode die Liberalen nicht in der Stadtbürgerschaft vertreten, da nur ein Mandat im Wahlbereich Bremerhaven errungen werden konnte. Dies nahm Willy Wedler wahr.

Doch nicht nur die Zahl der Abgeordneten schwankte. Auch die Größe der Bürgerschaft änderte sich im Laufe der Zeit. Von der Militärregierung wurde eine Bürgerschaft mit 60 Personen ernannt. Anschließend wurden 80 Personen gewählt. Hinzu kamen dann die Abgeordneten aus Bremerhaven. Bis 1995 bestand die Bürgerschaft aus 100 Mitgliedern. Danach wurde die Verfassung geändert und die Größe des Landesparlaments auf 83 festgelegt, wobei aktuell 15 Mitglieder im Wahlbereich Bremerhaven gewählt werden⁴¹.

Während einzelner Legislaturperioden änderte sich die Größe der Fraktionen durch Zu- und Austritte. Wobei der Austritt eines Mitglieds im Dezember 2010 die einschneidendste Veränderung war, da sie zum Verlust des Fraktionsstatus führte. Andere Austritte waren weit weniger dramatisch, da die Betroffenen - wie von der

40 Geschichte, Band 4, S. 18.

41 Bremische Landesverfassung von 1947 mit Änderungen seitdem, Artikel 75 (2) in Verbindung mit dem Bremischen Wahlgesetz (BremWahlG) § 5 (1).

Partei erwartet - ihr Mandat zurück gaben, beziehungsweise die Austritte aus der Fraktion nicht solche Folgen hatten. In der fünften Wahlperiode wuchs die Fraktion durch Übertritte aus der DP.

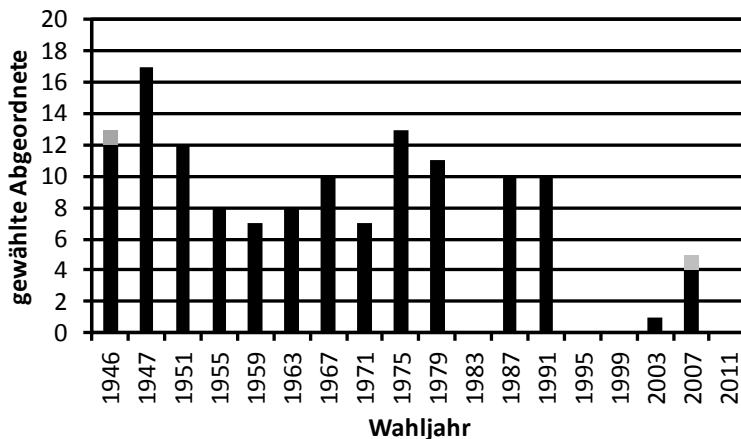


Abbildung 2: Zahl der gewählten Abgeordneten zu Beginn der jeweiligen Legislaturperioden⁴²

Derzeit ist die FDP nicht im Landesparlament vertreten. Somit fehlt die Liberale Stimme in den parlamentarischen Debatten, was sich auch darin zeigt, dass Senat und Regierungsfractionen in vielen Themenfeldern nicht mehr im Parlament von einer konstruktiven Opposition gestellt werden.

⁴² Geschichte, Band 4, S. 18ff.

Fraktionsvorsitzende der FDP bzw. BDV^{43, 44, 45, 46}

Wahlperiode	Amtszeit	Vorsitzender	Stellvertreter
0. (ernannt) 17.04.1946 bis 12.10.1946	17.04.1946 bis 12.10.1946	Albert Bote	
1. 13.10.1946 bis 10.12.1947	13.10.1946 bis 10.12.1947	Albert Bote	Ehrhart Heldmann Dr. Emil Heinrich Wilhelm Lueken
2. 13.10.1947 bis 12.10.1951	13.10.1947 bis 12.10.1951	Albert Bote	Dr. Emil Heinrich Wilhelm Lueken
3. 13.10.1951 bis 12.10.1955	13.10.1951 bis 20.01.1952	Hermann Wenhold	Dr. Kurt Entholt
	bis 19.10.1953	Dr. Kurt Entholt	Heinz-Georg Rehberg
	bis 08.01.1954	Heinz-Georg Rehberg	Hans A.F. Meineke
	bis 12.10.1955	Dr. Georg Borttscheler	Hans A.F. Meineke
4. 13.10.1955 bis 12.10.1959	13.10.1955 bis 12.10.1959	Dr. Georg Borttscheler	Hans A.F. Meineke
5. 13.10.1959 bis 12.10.1963	13.10.1959 bis 19.12.1959	Dr. Georg Borttscheler	Dr. Werner Ehrich
	bis 12.10.1963	Dr. Werner Ehrich	Hans Otto
6. 13.10.1963 bis 12.10.1967	13.10.1963 bis 12.10.1967	Dr. Werner Ehrich	Johanne Lohmann
	7. 13.10.1967 bis 12.10.1971	13.10.1967 bis 27.08.1969	Paul-Heinz Schubert
14.10.1969 bis 12.10.1971		Harry John	Walter Hauptmann
8. 13.10.1971 bis 12.10.1975	13.10.1971 bis 12.10.1975	Harry John	Walter Ostendorff
9. 13.10.1975 bis 12.10.1979	13.10.1975 bis 12.10.1979	Horst-Jürgen Lahmann	Walter Ostendorff Harry John (bis 7.4.77 ^a) Ernst von Schönfeldt (ab 5.9.77)
10. 13.10.1979 bis 12.10.1983	13.10.1979 bis 12.10.1983	Horst-Jürgen Lahmann	Walter Ostendorff Claus Jäger
12. 13.10.1987 bis 12.10.1991	13.10.1987 bis 12.10.1991	Claus Jäger	Heinrich Welke
13. 13.10.1991 bis 06.06.1995	13.10.1991 bis 21.12.1991	Claus Jäger	Heinrich Welke
	bis 06.06.1995	Heinrich Welke	Harald Neujahr
16. 07.06.2003 bis 06.06.2007	07.06.2003 bis 06.06.2007	Willy Wedler ^b	
17. 07.06.2007 bis 07.06.2011	07.06.2007 bis 06.09.2010	Uwe Woltemath	Mark Ella Dr. Magnus Buhler ^c
	06.09.2010 bis 09.12.2010	Dr. Oliver Möllenstädt	Mark Ella Dr. Magnus Buhler
	10.12.2010 ^d	Dr. Oliver Möllenstädt ^d	Mark Ella

- a) verstorben, b) einziger FDP-Abgeordneter, c) zu Beginn der Legislaturperiode für Stadtbürgerschaft
d) durch Austritt Uwe Woltemaths aus der FDP-Fraktion und verweigerten Mandatsverzicht verlor die FDP den Fraktionsstatus. Verbliebene Abgeordnete bildeten eine Gruppe unter Führung von Dr. Oliver Möllenstädt. Die einzige Stellvertreterposition beanspruchte Mark Ella wegen der Sonderstellung Bremerhavens.

43 bis 1987 nach: Mohrmann: Liberale in Bremen. S. 227.

44 Handbuch, 16. Wahlperiode.

45 Handbuch, 17. Wahlperiode, 1. & 2. Lieferung.

46 Protokoll der FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft zur Sitzung am 15.12.2010, S. 2.

Landesvorsitzende der FDP, bis 1951 BDV^{47, 48}

Den Landesvorstand wählt die FDP turnusmäßig in den Jahren mit gerader Jahreszahl im Frühjahr. Die Satzung des eingetragenen Vereins lässt ein Abweichen vom Turnus nicht zu. Bei Rücktritten erfolgten jeweils Wahlen für den Rest der Amtszeit. Ergaben sich keine Veränderungen, so wurden diese nicht angeführt. Veränderungen zwischen den turnusgemäßen Wahlen wurden berücksichtigt. Die Wahlen haben bis Ende April zu erfolgen. In der Regel wurde im April vereinzelt im März gewählt. Aufgrund von Rücktritten des Landesvorstandes nach verlorenen Bürgerschaftswahlen und aufgrund von Rücktritten der Landesvorsitzenden kam es zu außerplanmäßigen Vorstandswahlen.

47 bis 1991 nach: Mohrmann: Liberale in Bremen. S. 229-230.

48 diverse Protokolle der Landesparteitage der Bremer FDP.

Übersicht über die FDP- respektive BDV-Landesvorsitzenden und ihre Stellvertreter seit 1945

Jahr	Landesvorsitzender	Stellvertreter
1945	Fritz Entholt	
1946	Dr. Emil Lueken	
1947-1950	Hans A.F. Meineke	
1951-1952	Hermann Wenhold	Dr. Georg Borttscheller
1952-1957	Dr. Georg Borttscheller	Dr. Werner Ehrich
1957	Dr. Georg Borttscheller	Albert Bote
1958-1966	Dr. Georg Borttscheller	Dr. Werner Ehrich
1966-1968	Dr. Georg Borttscheller	Dr. Ulrich Graf
1968-1972	Dr. Ulrich Graf	Jürgen Schweinfurth; Johann Hinrich Kramer
1972-1974	Dr. Ulrich Graf	Horst-Jürgen Lahmann; Friedrich Helsing
1974-1976	Horst-Jürgen Lahmann	Dr. Heinz Illinger; Alfred Theodor Schöning
1976-1978	Horst-Jürgen Lahmann	Günter Kuhnert; Friedrich Helsing
1978-1984	Horst-Jürgen Lahmann	Manfred Richter; Günter Kuhnert
1984-1986	Walter Ostendorff	Manfred Richter; Ernst von Schönfeldt
1986-1988	Claus Jäger	Manfred Richter; Friedrich van Nispen
1988-1992	Manfred Richter	Prof. Dr. Rolf Stuchtay; Thomas Becker
1992-1995	Manfred Richter	Claus Pfisterer; Axel Adamietz
1995-1999	Peter Braun ^a	Ingo Kramer, Magnus Buhler
1999-2000	Claus Jäger ^a	Dr. Petzold, Beyer
2000-2001	Claus Jäger	Willy Wedler, Dr. Petzold
2001-2002	Claus Jäger	Willy Wedler, Daniel Alnoch
2002-2003	Claus Jäger	Willy Wedler, Peter Bollhagen
2003-2004	Peter Bollhagen ^a	Willy Wedler, Dr. Magnus Buhler
2004-2006	Peter Bollhagen	Mark Ella, Dr. Magnus Buhler
2006-2009	Uwe Woltemath ^b	Mark Ella; Dr. Magnus Buhler
2009-2010	Dr. Oliver Möllenstädt ^c	Mark Ella; Dr. Magnus Buhler
2010-2011	Dr. Oliver Möllenstädt	Kathrin Freeman; Torsten Staffeldt
seit 2011	Prof. Dr. Hauke Hilz	Dr. Magnus Buhler, Ralf Schlegel

- a) Nach den Wahlen 1995, 1999, 2003 und 2011 trat der Landesvorstand geschlossen zurück, um jeweils eine Neuformierung zu ermöglichen. 1995 wurde erst nach den Sommerferien neu gewählt.
- b) Im Frühjahr 2006 wurde Peter Bollhagen erneut allerdings mit knapper Mehrheit gewählt. Er stellte nach Eingang anonymer diffamierender E-Mails bei der Presse sein Amt zur Verfügung. Uwe Woltemath wurde im Herbst zum Landesvorsitzenden gewählt.
- c) Uwe Woltemath trat als Landesvorsitzender zurück. Es folgte die Nachwahl eines neuen Landesvorsitzenden.

Liberales im Vorstand der Bremischen Bürgerschaft^a

Im Vorstand der Bürgerschaft waren Liberale nicht in jeder Legislaturperiode vertreten. In einigen Wahlperioden wurden sie zumindest mit beratender Stimme hinzugezogen, um den Austausch mit allen Fraktionen auch im Bürgerschaftsvorstand zu gewährleisten, was durchaus sinnvoll ist. So war es beispielsweise von 1955 bis 1959 und von 2007 bis 2010.

In den Legislaturperioden von 1959 bis 1975, 1979-1983 und 1987-1991 wurden Liberale nicht in den Vorstand gewählt, obwohl sie in Fraktionsstärke der Bürgerschaft angehörten. Aufgrund ihres Wahlergebnisses stand ihnen kein Platz im sechsköpfigen Vorstand zu. Von der guten Übung stimmrechtslose Mitglieder in den Vorstand zu berufen machte die Bürgerschaft in diesen Wahlperioden keinen Gebrauch.

Abgeordneter^a	Funktion	Zeitraum
Heinrich Hollmann	Schriftführer	1946
Erhardt Heldmann	Schriftführer	1947-1948
Friedrich-Wilhelm Weber	Schriftführer	1948-1951
Dr. phil. Gertrud Harms	Vizepräsidentin	1951-1953
Elly Ley	Vizepräsidentin	1953-1955
Elly Ley	beratend ⁴⁹	1955-1959
Eva Schütte	Schriftführerin ⁵⁰	1975-1979
Annelene von Schönfeldt	Schriftführerin ⁵¹	1991-1995
Dr. Magnus Buhkert	beratend ⁵²	2007-2010 ^b

- a) Der 1888 geborene und 1963 verstorbene Kaufmann sowie Vizepräsident in der Zeit von 1946-1947 Friedrich Schulze wurde hier, wie im Teil mit den Kurzbiographien nicht aufgenommen, da er von der BDV direkt am 10. April 1947 zur CDU wechselte.
- b) Durch Verlust des Fraktionsstatus 2010 büßte die FDP auch den stimmrechtslosen Sitz im Bürgerschaftsvorstand ein.

49 Anlage zum Handbuch, 4. Wahlperiode, S. 4.

50 Handbuch 9. Wahlperiode.

51 Handbuch 13. Wahlperiode.

52 Handbuch 17. Wahlperiode.

Liberaler Senatoren seit 1945

Amtszeit	Koalition	Anzahl	Senatoren, Bürgermeister bzw. stellv. Präsidenten des Senats
1945-1946 ^a	SPD, BDV, KPD und Parteilose	3 ^b	Bgm. Dr. Dr. h.c. Theodor Spitta; Hermann Wenhold (8.1945-3.1946); Dr. Hermann Apelt; (Dr. Wilhelm Nolting-Hauff) ^b
1946-1948	SPD, BDV, KPD	3 ^b	Bgm. Dr. Dr. h.c. Theodor Spitta; Gustav Wilhelm Harmssen; Dr. Hermann Apelt; (Dr. Wilhelm Nolting-Hauff) ^b
1948-1951	SPD, BDV	5 ^b	Bgm. Dr. Dr. h.c. Theodor Spitta; Hans A.F. Meineke; Gustav Wilhelm Harmssen; Ehrhard Heldmann (4.1948-12.1949), Dr. Hermann Apelt; (Dr. Wilhelm Nolting-Hauff) ^b
1951-1955	SPD, FDP, CDU	4	Bgm. Dr. Dr. h.c. Theodor Spitta; Gustav Wilhelm Harmssen (bis 1953); Ludwig Helmken (ab 1953); Dr. Hermann Apelt; Dr. Wilhelm Nolting-Hauff
1955-1959	SPD, CDU, FDP	2	Ludwig Helmken; Dr. Wilhelm Nolting-Hauff
1959-1963	SPD, FDP	3	Dr. Georg Borttscheller; Dr. Ulrich Graf; Dr. Wilhelm Nolting-Hauff (bis 1962); Dr. Johann Dietrich Noltenius (ab 1962)
1963-1967	SPD, FDP	3	Dr. Georg Borttscheller; Dr. Ulrich Graf; Dr. Johann Dietrich Noltenius (bis 1966); Rolf Speckmann (ab 1966)
1967-1971 ^c	SPD, FDP	3	Dr. Georg Borttscheller; Dr. Ulrich Graf; Rolf Speckmann
1991-1995 ^d	SPD, Grüne, FDP	2	Bgm. Claus Jäger (Bgm.1991-1993) ^e ; Friedrich van Nispen

- a) Der Senat wurde von den Alliierten ernannt, ein Parlament gab es erst 1946 wieder.
b) Dr. Wilhelm Nolting-Hauff trat am 19. Juni 1953 in die FDP ein.
c) Am 1. Juli 1971 vor Ende der Wahlperiode zerbricht die Koalition, vordergründig an Fragen der Berufungspolitik der neugegründeten Universität. FDP-Senatoren scheiden aus dem Senat aus.
d) Koalition endet vorzeitig. Bürgerschaft wird vorzeitig aufgelöst, Wahlperiode verkürzt.
e) Vereinbarungsgemäß wechselt Bürgermeisteramt zur Mitte der Legislatur an die Grünen.
f) Nach dem Zerbrechen der Ampelkoalition, wegen der nicht abgestimmten, einseitigen Meldung von Vogelschutzgebieten (u.a. von Flächen der Hemelinger Marsch) an die EU durch das Umweltressort unter Ralf Fücks, trat Friedrich van Nispen aus der FDP aus und hoffte auf Fortsetzung seiner politischen Karriere. Diese Hoffnung wurde auch aufgrund des Wechsels im Amt des Präsidenten des Senats zur folgenden 14. Wahlperiode hin nicht erfüllt.